Monitoringbericht

Energiewende am Scheideweg

[16.09.2025] Die Bundesregierung hat den aktuellen Monitoringbericht zur Energiewende vorgelegt. Er zeigt Erfolge beim Ausbau erneuerbarer Energien, macht aber auch erhebliche Probleme sichtbar. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche schlägt deshalb zehn wirtschafts- und wettbewerbsfreundliche Maßnahmen vor.

Die Energiewende hat nach Einschätzung der Bundesregierung große Fortschritte gemacht. Fast sechzig Prozent des Stroms stammen inzwischen aus erneuerbaren Quellen. Doch die Versorgungssicherheit ist laut dem jetzt vorgelegten Monitoringbericht zur Energiewende nicht dauerhaft gewährleistet. „Die Energiewende steht an einem Scheideweg“, sagte Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) bei der Vorstellung des Berichts. Er wurde von BET Consulting und vom Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (EWI) erstellt.

Das Monitoring ist ein Auftrag aus dem Koalitionsvertrag. Es zeigt, dass Strom und Wasserstoff künftig stärker nachgefragt werden, während die Zahlungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe und Haushalten bislang zu wenig beachtet wurde. Der Bericht warnt vor Fehlinvestitionen, Überregulierung und zu komplexen Vorgaben. Reiche betonte: „Nur mit sicherer, sauberer und bezahlbarer Energie können wir Arbeitsplätze sichern, Wettbewerbsfähigkeit erhalten und sozialen Zusammenhalt stärken.“ Zugleich müsse mehr Markt zugelassen, Technologieoffenheit gesichert und Innovation gefördert werden.

Analyse der Lage

Die Gutachter sehen die Energiewende vor schwierigen Schritten. Zwar sei die installierte Leistung aus Wind- und Solarkraft hoch. Doch die wetterabhängige Produktion führe zu Versorgungslücken, die durch fossile Kraftwerke oder Importe geschlossen werden müssten. Investitionen in Netze, Speicher und Reservekapazitäten verteuerten das System. Auch die Kosten für Netzengpässe seien erheblich. Hinzu kämen Stromüberschüsse, die oft subventioniert ins Ausland verkauft würden, während Preise und Unsicherheit im Inland stiegen. Für die Industrie und den Mittelstand belaste das die Wettbewerbsfähigkeit. Strom müsse daher zu einem fairen Marktpreis verfügbar sein.

Die Versorgungssicherheit stehe ebenfalls unter Druck. Der Ausstieg aus Atomkraft und Kohle sei ambitioniert, sichere Kraftwerke müssten aber neu aufgebaut werden – bevorzugt moderne Gaskraftwerke, die später auf Wasserstoff umgestellt werden können. Auch die europäische Zusammenarbeit wird hervorgehoben. Nur mit enger Abstimmung könne ein kostengünstiges und stabiles Energiesystem entstehen. Gleichzeitig kritisieren die Gutachter zu viele rechtliche Vorgaben. Über fünfzehntausend Normen erschwerten den Umbau.

Zehn Maßnahmen

Die Ministerin stellte zehn Maßnahmen vor, die die Energiewende wirtschaftlich tragfähig machen sollen:

- Ehrliche Bedarfsermittlung und Planungsrealismus – Ausbau nach realem Bedarf, um Überkapazitäten zu vermeiden.
- Erneuerbare Energien markt- und systemdienlich fördern – Ende fester Einspeisevergütungen, Einführung neuer Finanzierungsmodelle.
- Netze, erneuerbare Energien und Flexibilität synchron ausbauen – bessere Steuerung, Kombination mit Speichern, digitale Lösungen.
- Technologieoffenen Kapazitätsmarkt einführen – Ausschreibungen für flexible Kraftwerke, vor allem Gas mit Wasserstoff-Perspektive.
- Flexibilität und Digitalisierung voranbringen – Smart-Meter-Rollout, variable Tarife, Lastmanagement.
- Einheitliche Energiemärkte erhalten – keine Marktspaltung, mehr Liquidität, effizienteres Netzmanagement.
- Förderregime überprüfen und Subventionen senken – Unterstützung gezielt, zeitlich befristet und marktnah.
- Forschung stärken und Innovation fördern – Einsatz neuer Technologien wie Tiefengeothermie, Fusion oder künstliche Intelligenz.
- Wasserstoff-Hochlauf pragmatisch gestalten – Abbau überkomplexer Vorgaben, Technologieoffenheit, Aufbau eines Kernnetzes.
- CCS/CCU etablieren – Abscheidung und Speicherung von CO? in Industrie und Kraftwerken als notwendiger Beitrag zum Klimaschutz.

Neuausrichtung der Energiepolitik

Der Bericht fordert eine Neuausrichtung der Energiepolitik. Mehr Pragmatismus, Marktmechanismen und europäische Kooperation seien nötig, um Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit zugleich zu sichern. „Die Energiewende kann nur durch mehr Realismus und Pragmatismus gelingen“, so Reiche.

(al)

Stichwörter: Politik, Energiewende, Monitoringbericht